

Inhalt

Frauen- und Mädchenpolitik

Gleichstellungsminister/innen: Gleichstellung in keinem Land vollständig erreicht	1
G7-Gleichstellungsminister/innen fordern Menschenrechte für die Frauen im Iran	1
„Wir sehen und wir hören Euch“ - Deutsche Frauen bekunden Solidarität mit Frauen im Iran.....	1
Frauenbeauftragte solidarisieren sich mit den Massenprotesten mutiger Frauen im Iran	2
Deutsche Juristinnen sehen im Fall Mahsa Amini einen „staatlichen Femizid“ für erwiesen	2
Parität & Wahlrechtsreform: „Wir müssen auch damit rechnen, dass das neue Wahlgesetz gerichtlich überprüft wird“	2
Nach sexueller Gewalt an Behinderten vorschneller Abbruch der Ermittlungen?	3
Die Grünen wollen Schwangerschaftskonfliktberatung auch online ermöglichen	3

Frauen und Beruf

Die großen Gewinner des auf 12 Euro erhöhten Mindestlohns sind die Frauen“	4
----------------------------------------------------------------------------------	---

Gewalt gegen Frauen

Juristinnen für einheitlichen Straftatbestand für alle Formen psychischer Gewalt	5
„Für eine hochangesiedelte und gut ausgestattete Anti-Gewalt-Stelle aller Ministerien“.....	5
Neue Spitze des „Weißen Ringes“ fordert schärferen Umgang mit Gewalttätern	5
„Erklärung von Dublin“: Mit Gleichstellung der Geschlechter Gewalt jedweder Art verhindern!.....	6

Verschiedenes

FHK-Positionierung: Gewaltschutz für ALLE Frauen.....	7
In einem Land, das es nicht mehr gibt (Filmtipp)	7
„Der Gender-Stern ist nicht das Ende der Diskussion um die Repräsentanz von Frauen“	7
AWO beklagt stetige Verschlechterung der mediz. Versorgung ungewollt Schwangerer	7
LAG Mitgliederversammlung zum Thema „Geschlechtliche Selbstbestimmung und die Zukunft der Gleichstellungsarbeit“	8

Veröffentlichungen

Publikation BEM 3/2022 erschienen – laut: leise anders'	9
Publikation BEM 4/2022 erschienen: Armut, Klasse, Klassismus.....	9
Neue Gendersketch online	9
Gender Glossar – 100 Begriffe zu Gender / Christine Olderdissen	9

Gleiche Rechte, gleiche Chancen - Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	10
materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität.	10
Was patriarchale Geschlechterklischees kosten	10

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an info@frauenbueros-nrw.de –
Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

Gefördert vom: **Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Haroldstr. 14, 40213 Düsseldorf Tel. 0211 59814-383, 59814-384 Fax 59814 385

E-Mail: info@frauenbueros-nrw.de Internet: www.frauenbueros-nrw.de

Bankverbindung: Deutsche Bank Düsseldorf IBAN: DE43300700240844816900 BIC: DEUTDE33

Gleichstellungsminister/innen: Gleichstellung in keinem Land vollständig erreicht

Die Gleichstellungsminister/innen der G7-Staaten haben sich Mitte Oktober auf einem Treffen in Berlin „auf kontinuierliche und gezielte Anstrengungen zur Gleichstellung der Geschlechter verständigt“. Bis heute sei Gleichstellung in keinem Land vollständig erreicht. Unter der deutschen Präsidentschaft habe sich aber 2022 die „Gruppe der Sieben“ zu einer ambitionierten gleichstellungspolitischen Agenda verpflichtet, versicherte Bundesfrauenministerin Lisa Paus als amtierende Vorsitzende der Konferenz. Die Gleichstellung der Geschlechter bilde dabei ein „Leitprinzip über alle politischen Bereiche und Ziele hinweg“. Paus bewertete es als besonders positiv, dass „unter deutscher Präsidentschaft die Einigung auf ein jährliches Monitoring zu Gleichstellungsaspekten gelungen“ sei. Die G7-Fachminister/innen-Konferenz hätte sich damit erstmals verpflichtet, „die Fortschritte der Gleichstellung in den G7-Staaten und der Europäischen Union (EU) zu überprüfen“. Ein von den G7-Staaten etabliertes „Dashboard“ zur Beobachtung der geschlechtstypischen Unterschiede auf 12 zentralen Feldern des sozialen und wirtschaftlichen Lebens werde künftig von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) jährlich aktualisiert. Damit lasse sich künftig kontinuierlich und transparent überprüfen, wo es Fortschritte gibt und wo noch Handlungsbedarf besteht.

In Anbetracht der Tatsache, dass im Durchschnitt der G7-Staaten nur 9 Prozent aller arbeitenden Frauen beruflich selbstständig und nur knapp 2 Prozent eigene Angestellte beschäftigen, wollen die G7-Gleichstellungsminister/innen sich künftig mit dem Thema der Förderung von beruflicher Selbstständigkeit und der Unterstützung von Gründerinnen befassen.

(fpd, 27.10.2022)

**G7-Gleichstellungsminister/innen fordern Menschenrechte für die Frauen im Iran**

Die Konferenz der Gleichstellungsminister/innen der G7-Staaten, die unter deutschem Vorsitz vom 11.-15. Oktober in Berlin tagte, hat sich in einem Statement „solidarisch mit den Menschen erklärt, die im Iran für ihre Rechte demonstrieren, insbesondere den iranischen Mädchen und Frauen“. Als deutsche G7-Konferenzvorsitzende erklärte Bundesfrauenministerin Lisa Paus: „Wir rufen die iranische Regierung auf, die Menschenrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu respektieren und die Unterdrückung zu beenden.“

(fpd, 27.10.2022)

**„Wir sehen und wir hören Euch“ - Deutsche Frauen bekunden Solidarität mit Frauen im Iran**

Der Deutsche Frauenrat (DF) steht „entschlossen hinter den demonstrierenden Frauen und allen Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich für das Ende der Unterdrückung von Frauen im Iran und für deren Rechte einsetzen“. Dies versicherte die DF-Vorsitzende Beate von Miquel am 28. September auf einer Protestkundgebung in Berlin. „Wir sehen euch! Wir hören euch! Wir stehen an eurer Seite“, so die Sprecherin von 60 bundesdeutschen Frauenverbänden. Der Appell des DF an die Bundesregierung sei eindeutig: Im Sinne einer feministischen und menschenrechtsbasiereten Außenpolitik müsse sich Deutschland „jetzt weiter für Aktivist*innen und die iranische frauenpolitische Zivilgesellschaft einsetzen“.

In der Erklärung des Frauenrats heißt es: „Der DF unterstützt alle Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen im Iran und weltweit in ihrem Kampf um Selbstbestimmung. Denn diesen Kampf kann kein Land, keine zivilgesellschaftliche Organisation allein führen.“

(fpd, 14.10.2022)



Frauenbeauftragte solidarisieren sich mit den Massenprotesten mutiger Frauen im Iran

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) solidarisiert sich mit den welt-weiten Protesten im Fall Jina Mahsa Amini. Die 22-jährige Iranerin war bekanntlich von der Sittenpolizei verhaftet worden, weil sie das Kopftuch nicht ordnungsgemäß getragen habe und in der Haft zu Tode gekommen. In der Erklärung der BAG heißt es, man solidarisiere sich „mit den weltweiten Protesten und der Forderung nach Aufklärung“. Wörtlich: „Unsere Bewunderung und Solidarität gilt all den mutigen Aktivist*innen, die ihr Leben riskieren, um für ihre und die Selbstbestimmungsrechte aller Frauen zu kämpfen. Die Bundesregierung fordern wir auf, die Rechte von Frauen im Iran aber auch weltweit einzufordern, zu schützen und hierzu alle Möglichkeiten feministischer Außenpolitik zu nutzen. Nach dem mutmaßlichen Femizid an der jungen Kurdin entläßt sich in Massenprotesten der Zorn der Frauen und ihrer Unterstützer*innen in mehr als 80 Städten Irans und unzähligen Städten weltweit.“

(fpd, 14.10.2022)**Deutsche Juristinnen sehen im Fall Mahsa Amini einen „staatlichen Femizid“ für erwiesen**

„Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) verurteilt den staatlichen Femizid an der 22-jährigen Mahsa Amini und steht solidarisch an der Seite der Demonstrierenden im Iran“, heißt es in einer Stellungnahme, die der djb am 23. September abgegeben hat. Die Präsidentin des djb, Prof. Maria Wersig, wird darin so zitiert: „Der Mut der Demonstrierenden, die trotz des brutalen Vorgehens des Regimes seit Tagen für Freiheit und Menschenrechte auf die Straße gehen und ihr Leben riskieren, beeindruckt mich zutiefst. Jetzt braucht es politischen Druck aus Deutschland und Europa. Wir appellieren besonders an die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, ihrer Ankündigung, das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstrierenden vor den UN-Menschenrechtsrat zu bringen, umgehend Taten folgen zu lassen und sich jetzt mit klarer Kritik an das iranische Regime zu wenden. Das ist das Gebot einer feministischen Außenpolitik, zu der sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag selbst verpflichtet hat.“

(fpd, 14.10.2022)**Parität & Wahlrechtsreform: „Wir müssen auch damit rechnen, dass das neue Wahlgesetz gerichtlich überprüft wird“**

Der Fortgang der Beratungen in der Wahlrechtsreformkommission des Bundestags lässt eine halbwegs zuverlässige Prognose über den Ausgang des Unternehmens „Parität“, unserem Erachten nach, noch immer nicht zu, wohl aber die Vermutung, dass das Gremium den ihm erteilten Auftrag an das Plenum des Parlaments zurückgeben muss und die Aufgabe einer besseren Abbildung der weiblichen Bevölkerungsmehrheit in der Bundespolitik auch noch den 21. Deutschen Bundestag beschäftigen wird. Es erscheint schwer vorstellbar, dass die Ampel-Koalition Wert darauf legt, sich ausgerechnet am Wahlrecht zu zerlegen. Offenbar ist sich die FDP-Führung noch immer nicht sicher, welchem Teil ihrer Wählerschaft sie die Wiederannäherung an die 5%-Hürde zu verdanken hat... Solange dem so ist, scheinen die besseren Chancen bei jenen Kräften zu liegen, die den Weg über die Neuordnung der Verhältnisse in den politischen Parteien gehen möchten.

Mehr Frauen im Bundestag, ja wohl, ist in Berlin oft zu hören, - aber nicht unbedingt via Paritätsgesetzgebung. Die Zahl rechtskundiger Frauen-politiker/innen, die das Bundesverfassungsgericht samt deutscher Rechtstradition mittels einer populär-populistischen Paritäts-Kampagne vor vollendete Tatsachen stellen wollen, hat sich verringert und gibt zu denken.

Soeben hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) in der Zeitung „Das Parlament“ (Nr. 43-45/22) am 24. Oktober wissen lassen, dass hinsichtlich der Größe des Bundestags eine „Grundsatzentscheidung“ bis „spätestens Anfang nächsten Jahres“ fallen müsse. Sie fügte hinzu: „Andere Themen, wie die angesprochenen Paritätsfragen und eine mögliche Absenkung des Wahlalters, behandelt die Kommission gerade. Wir müssen auch damit rechnen, dass das neue Wahlgesetz

gerichtlich überprüft wird. Darum meine ich, dass wir jetzt zügig zu den nötigen Entscheidungen kommen müssen.“

(fpd, 27.10.2022)



Nach sexueller Gewalt an Behinderten vorschneller Abbruch der Ermittlungen?

Drei namhafte Frauen- und Behindertenrechtsorganisationen – es sind dies der bff-Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frau-ennotrufe, das Bochumer Zentrum für Disability Studies der Ev. Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe und Weibernetz e.V. als Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit Beeinträchtigung – haben sich zur Begleitung und Unterstützung einer Verfassungsbeschwerde entschieden, die eine 26-jährige Frau mit Behinderung beim Landesverfassungsgericht Berlin eingelegt hat. Hintergrund des Rechtsstreits ist nach Mitteilung von Weibernetz e.V. eine Strafanzeige der behinderten Frau gegen ihren Vorgesetzten in einer Berliner Behindertenwerkstatt wegen fortgesetzter körperlicher Belästigung, die von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung abgewiesen worden sei, die Frau sei nicht fähig, eine Aussage zu machen, was auch durch ein Sachverständigengutachten bestätigt worden sei. Obwohl die Rechtsvertreterinnen der Frau, unter ihnen die Behindertenrechtslehrerin und UN-Sachverständige Prof'in Theresia Degener, auf gravierende fachliche Mängel der Begutachtung hingewiesen hätten, habe die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt. Die Anwältinnen sähen „in der fehlenden Würdigung der Aussage ihrer Mandantin und ihrer Behandlung im Ermittlungsverfahren eine strukturelle Diskriminierung gegen Frauen mit Behinderungen“. Wörtlich: „Es steht zu befürchten, dass hier ein Verstoß gegen Grund- und Menschenrechte wie die UN-BRK und die Istanbul-Konvention vorliegt.“

(fpd, 14.10.2022)



Die Grünen wollen Schwangerschaftskonfliktberatung auch online ermöglichen

Als Ampelregierung werden wir die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicherstellen, und wollen Schwangerschaftskonfliktberatung künftig auch online ermöglichen.“ Dies hat die Leiterin der Arbeitsgruppe Familie, Senior*innen, Frauen, Jugend und Queer der Grünen im Bundestag, Ulle Schauws, in Berlin mitgeteilt. Frauen, so die Abgeordnete, dürften „nicht in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt oder in ihrer selbstbestimmten Entscheidung gefährdet werden“. Schauws bezog sich auf die sogenannten „Gehsteigbehinderungen“, bei denen ungewollt Schwangere auf dem Weg zur obligatorischen Konfliktberatung dem Protest von Abtreibungsgegner/innen ausgesetzt seien. Ungewollt Schwangere seien zur Beratung verpflichtet und deshalb diesen Belästigungen und Diffamierungen schutzlos ausgeliefert. Die Frauenpolitikerin der Grünen in einer gemeinsamen Erklärung mit der Obfrau der Grünen Fraktion im Rechtsausschuss des Bundestags, Canan Bayram: „Diese schwer erträglichen Belästigungen machen eine vertrauliche bzw. anonyme Beratung unmöglich. Hinzu kommt, dass es aktuell nicht ausreichend Beratungseinrichtungen und Praxen gibt, die Abbrüche durchführen.“

(fpd, 14.10.2022)



Frauen und Beruf

Die großen Gewinner des auf 12 Euro erhöhten Mindestlohns sind die Frauen

Eine uneingeschränkt positive Bewertung des gesetzlich ab 1. Oktober 2022 auf 12 Euro erhöhten Mindestlohns hat die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) veröffentlicht. Der Leitartikel des Wirtschaftsteils der SZ vom 1. Oktober trug den Titel „12 Euro sind richtig“ und erinnerte daran, dass Deutschland erst 2015 und damit spät unter den führenden Wirtschaftsnationen eine gesetzliche Lohnuntergrenze eingeführt habe, 16 Jahre nach dem wirtschaftsliberalen Großbritannien. Was die SPD-geführte Bundesregierung jetzt unternommen habe, sei „ein noch größerer Schritt als der Start von 2015“. Mit der Erhöhung auf 12 Euro ignoriere die Ampelregierung diesmal zwar die Mindestlohn-Kommission, erziele aber „durchschlagende Wirkung“. Die „SZ“ wörtlich: „Diesmal bekommen etwa 8 Millionen Arbeitnehmer mehr Geld. Damit profitieren doppelt so viele wie beim Start des Mindestlohns. Überdurchschnittliche Gewinner sind Frauen und Teilzeitbeschäftigte. Branchen, zu denen Gastronomie, Sicherheitsdienste oder Zeitarbeit gehören, müssen jeden zweiten Arbeitnehmer besser bezahlen.“

(fpd, 14.10.2022)



Gewalt gegen Frauen

Juristinnen für einheitlichen Straftatbestand für alle Formen psychischer Gewalt

„Der GREVIO-Bericht bestätigt, dass im Bereich der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt noch viel zu tun ist und nun der Gesetzgeber in der Pflicht ist, weitergehende Maßnahmen zu treffen, um die Vorgaben des Europarats umzusetzen.“ Dies erklärte die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (djb), Prof. Maria Wersig, in ihrer Stellungnahme zu der Kritik der Fachkommission des Europarats an der unzureichenden Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland. Der djb sieht sich durch den Bericht in seiner Position bestätigt und begrüßt es, dass viele seiner zentralen Forderungen Eingang in den Bericht gefunden hätten. In der Stellungnahme des djb vom 10.10.2022 heißt es: „So sollten nach Empfehlung der Expert*innen unter anderem Schulungen für die Justiz erfolgen, die das Bewusstsein für die Dynamik von Gewalt in Partnerschaften schärfen. Zudem muss geschlechtsspezifische Gewalt in den Statistiken berücksichtigt und so die Datenlage verbessert werden und der Zugang zu Frauenhäusern muss auch in ländlichen Gebieten erweitert werden. Darüber hinaus fehlt es weiterhin an einem Straftatbestand, der alle Formen der psychischen Gewalt unter Strafe stellt. Auch der Aufforderung, eine staatliche Koordinierungsstelle einzurichten, ist die Bundesregierung bis jetzt nicht nachgekommen.“

(fpd, 27.10.2022)



„Für eine hochangesiedelte und gut ausgestattete Anti-Gewalt-Stelle aller Ministerien“

Die Linke im Bundestag sieht sich durch den GREVIO-Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland in ihrer Kritik am Zustand des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen bestätigt. Die frauenpolitische Sprecherin Heidi Reichinnek kam in ihrer Stellungnahme zu dem Befund, das Hilfesystem platze aus allen Nähten und sei chronisch unterfinanziert. Reichinnek wörtlich: „Hier brauchen wir endlich eine bundesweit einheitliche gute Finanzierung des gesamten Hilfesystems. Besonders vulnerable Gruppen, wie Frauen mit Behinderungen oder Migrationsgeschichte erfahren nicht den Schutz vor Gewalt, den sie brauchen. Ihnen wird der Zugang zu Schutz und Information fast komplett verwehrt. Gewaltbetroffene Migrantinnen müssen Angst vor Abschiebung haben. Weil ihnen die Bundesregierung ein eigenständiges und eheunabhängiges Aufenthaltsrecht verweigert oder sie in ‚Unterkünften‘ leben müssen, die absolut nicht sicher sind. Frauen mit Behinderungen sind zwei bis dreimal häufiger Opfer sexueller Gewalt als Frauen ohne Behinderungen... Wir brauchen endlich eine bundesweite Strategie zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt für alle Frauen. Hier muss die Bundesregierung endlich eine hochangesiedelte und gut ausgestattete Koordinierungsstelle etablieren, die alle Ministerien vereint.“

(fpd, 27.10.2022)



Neue Spitze des „Weißen Ringes“ fordert schärferen Umgang mit Gewalttätern

Für ein schärferes Vorgehen gegenüber Straftätern, die sich der häuslichen Gewalt gegenüber ihren Frauen oder ehemaligen Partnerinnen schuldig machen, hat sich der neue Bundesvorsitzende der Opferorganisation „Der Weiße Ring“, Patrick Liesching, ausgesprochen. Gegenüber der „Rhein-Zeitung“ in Mainz kritisierte der Jurist den Nachholbedarf beim Schutz der Frauen vor häuslicher Gewalt. Von der Politik forderte er „eine effektive Überwachung von Straftätern, die gegen das Gewaltschutzgesetz verstoßen“. Liesching, ehrenamtlich Chef des „Weißen Rings“, hauptberuflich Chef der Staatsanwaltschaft in Fulda, verwies auf die „gravierenden Defizite“, die eine Fachkommission des Europarats jetzt, 4 Jahre nach Inkrafttreten der Istanbul-Konvention als völkerrechtlich bindenden Vertrag, Deutschland angelastet habe. Angesichts „einer Reihe von Fällen“, in denen das gerichtlich verhängte, polizeilich aber nicht wirksam überwachte Annäherungsverbot in einem Tötungsdelikt geendet habe, stellte Liesching fest: „Einen Großteil der Fälle könnte man mit einer effektiven elektronischen Überwachung verhindern.“

(fpd, 27.10.2022)



Gewalt gegen Frauen

„Erklärung von Dublin“: Mit Gleichstellung der Geschlechter Gewalt jedweder Art verhindern!

38 Mitgliedsstaaten des Europarats haben am 30. September 2022 unter der Präsidentschaft von Irland eine „Erklärung von Dublin“ unterzeichnet, mit der sie sich zu „Maßnahmen der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter verpflichten, um hiermit zur Verhinderung von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt beizutragen“. Die „Erklärung von Dublin“ ist nach Mitteilung des Europarats „angelehnt an die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie an Sachverständigenberichte über die bisherige Umsetzung der Konvention durch die Staaten“.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag die „Dublin Declaration“ nur in der englischsprachigen Originalfassung und in französischer Sprache vor. Die Unterzeichner-Staaten – unter ihnen auch die Ukraine – verpflichten sich darin zu Maßnahmen der Geschlechter-Gleichstellung auf insgesamt 10 Politikfeldern und Rechtsgebieten.- Download der „Dublin Declaration“: <https://www.gov.ie/en/publication/f34c6-dublin-declaration/>

(fpd, 14.10.2022)



Verschiedenes

FHK-Positionierung: Gewaltschutz für ALLE Frauen

Die bundesweite Fachstelle Frauenhauskoordination e.V. (FHK) hat im September 2022 ein Positionspapier zur aktuellen Debatte um geschlechtliche Selbstbestimmung veröffentlicht. Sie bezieht darin eine klare trans*inklusive Haltung und „stellt sich gegen Versuche, frauenpolitische und queere Anliegen gegeneinander auszuspielen“. Allen Frauen – und damit sind trans*, cis, inter und alle Menschen, die sich als Frauen oder Mädchen verstehen gemeint – steht ein Schutz vor Gewalt zu, wie er auch durch die Istanbul Konvention gefordert wird. Das vollständige Positionspapier ist auf der Homepage der FHK zu finden unter: <https://www.frauenhauskoordination.de/publikationen/detail/fhk-positionierung-gewaltschutz-fuer-alle-frauen>.

(LAG)



In einem Land, das es nicht mehr gibt (Filmtipp)

Seit dem 6. Oktober läuft der Film IN EINEM LAND, DAS ES NICHT MEHR GIBT von Regisseurin Aelrun Goette über die Modeszene der DDR kurz vor der Wende, die Welt der „Sybille“, der wichtigsten Modezeitschrift der DDR, Frauenbildern in der DDR sowie die Fragen nach Zugehörigkeit, Freiheit und Homosexualität in den Kinos. IN EINEM LAND, DAS ES NICHT MEHR GIBT ist angelegt auf breite Unterhaltung, ist aber gleichzeitig stark angelehnt an wahre Begebenheiten. Der Film erzählt eindrucksvolle Frauenbiografien von Frauen mit einer Geschichte in der ehem. DDR. Regisseurin Aelrun Goette war selbst Model für die „Sybille“ in der DDR, viele ihrer eigenen Erfahrungen sind in den Film eingeflossen. Beraten wurde sie für den Film u.a. von Modedesignerin und Modeprofessorin Grit Seymour (Teile ihrer Biografie finden sich im Film wieder), die international nach der Wende Karriere machte, und Fotografin Ute Mahler (die früher auch für die „Sybille“ fotografierte). Claudia Michaelsens Figur im Film ist angelehnt an die legendäre „Sybille“-Chefredakteurin Dorothea Melis. Ergänzend wurde auch pädagogisches Begleitmaterial zum Film erstellt. Der Trailer ist unter <https://www.youtube.com/watch?v=UlnIpJgE8G0> zu sehen. Bei Interesse an einer Vorführung oder weiteren Informationen kann sich an Sophie Butz von der Netzwerkagentur Jetzt und Morgen gewendet werden (sb@jetztundmorgen.de).

(LAG)



„Der Gender-Stern ist nicht das Ende der Diskussion um die Repräsentanz von Frauen“

Der wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheidende Chefredakteur des ZDF, Peter Frey, hat sich in einem Interview mit der „Rhein-Zeitung (RZ) gegen den Vorwurf verwahrt, das sprachliche Gendern in den Programmen durchgesetzt zu haben. Die „Unterstellung“, die Anstalt ha-be damit „in erzieherischer Absicht“ auf ihr Publikum einwirken wollen, entspreche „überhaupt nicht der Wirklichkeit“, versicherte Frey in dem von der RZ unter dem Titel „Muss das Gendern sein, Herr Frey?“ am 28.09.22 veröffentlichten Interview. Vielmehr hätten „junge Leute ihre Sprachgewohnheiten mitgebracht“. Wörtlich: „So war ich damit konfrontiert, dass vor allem jüngere Frauen nach der Uni ihre Sprechweise hier eingebracht haben. Aber es geht ja nicht nur um eine sprachliche Diskussion, sondern um die Frage von Repräsentanz von Frauen in der Öffentlichkeit. Dies sich bewusst zu machen, schadet nicht. Dass der Genderstern das Ende der Diskussion ist, glaube ich allerdings nicht. Ich fühle mich damit auch nicht wohl. Aber sollte ich das verbieten? Nein. Sprache ist etwas, was sich verändert, was lebt. Ich glaube, dass wir am Ende Formen finden, mit denen sich alle repräsentiert finden. Das ist ein Prozess, der Jahre dauert.“

(fpd, 14.10.2022)



AWO beklagt stetige Verschlechterung der mediz. Versorgung ungewollt Schwangerer

Aus Anlass des Internationalen Tags für einen Sicheren Schwangerschaftsabbruch hat der AWO-Bundesverband die Bundesregierung auf-gefordert, „die in diesem Jahr mit der Streichung des § 219a StGB begonnenen Reformen fortzusetzen und die stetige Verschlechterung der me-

Verschiedenes

dizinischen Versorgungslage für ungewollt schwangere Personen in Deutschland zu stoppen“. Aus Sicht der AWO geht dies „nur über die Ab-schaffung des § 218 StGB und eine gesetzliche Neuregelung, die einen wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen sichert“. Die Weltgesundheitsorganisation WHO habe zudem erneut festgestellt, dass Abtreibungsverbote oder Einschränkungen wie eine Pflichtberatung oder Wartezeiten nicht dazu führen, dass weniger Abbrüche durchgeführt werden.

(fpd, 14.10.2022)



LAG Mitgliederversammlung zum Thema „Geschlechtliche Selbstbestimmung und die Zukunft der Gleichstellungsarbeit“

Die dritte Mitgliederversammlung der LAG NRW in diesem Jahr fand am 26. Oktober in Münster statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung von den beiden Gastgeberinnen, Melanie Hänsel, Gleichstellungsbeauftragte des LWL und Sarah Braun, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Münster. Begrüßungsreden des LWL-Direktors Dr. Georg Lunemann und des Münsteraner Oberbürgermeisters Markus Lewe zeigten auf, welche Bedeutung der Gleichstellungsarbeit in der kommunalen Verwaltung zugemessen wird. Besonders erfreut zeigten sich die rund 100 Teilnehmerinnen über das Grußwort der neuen Gleichstellungsministerin Josefine Paul, die ihre Pläne für den Bereich der Gleichstellung vorstellte. Sie betonte, dass die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auch in Krisenzeiten – und vor allem dann – wichtig für die Gesellschaft als Ganzes ist.

Rechtsanwältin Friederike Boll konnte mit einem Vortrag zum Schwerpunktthema „Geschlechtliche Gleichstellung und die Zukunft der Gleichstellungsarbeit“ neue Impulse setzen und die lebhafteste Diskussion im Anschluss zeigte, wie aktuell das Thema für die LAG ist.

Auf der Mitgliederversammlung wurden außerdem Birgit Wippermann aus Schwerte und Astrid Schupp aus Bocholt als neue Sprecherinnen gewählt.

(LAG)



Veröffentlichungen

Publikation BEM 3/2022 erschienen – laut: leise anders'

Mit dem Titel laut: leise anders' werden in dieser BEM Mädchen* und ihre Hilfesysteme in den Fokus gerückt:

Mädchen*, die manchmal über Jahre nicht auffallen, nicht gehört oder gesehen werden, deren Bedarfe und Lebenswirklichkeiten harmlos wirken und nicht „stören“ - die, die Systeme leise sprengen, die als verrückt und anstrengend gelten und die trotz Widrigkeiten und Barrieren, darum kämpfen, ihren Platz zu finden. Denn nicht das, was sie tun ist ver-rückt, sondern das, was sie erlebt haben ist verrückt. Dazu werden in diesem Heft bewusst unterschiedliche – viel zu oft nicht zusammen gedachte und als unvereinbar angenommene- Positionen und Zugänge vereint und es wird sich aus medizinischer, erziehungswissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher, sozialpädagogischer und nicht zuletzt aus der Betroffenen-Perspektive dem Thema angenähert. Denn es ist absolut notwendig, die Gesundheitsversorgung von Mädchen* und jungen Frauen* multi-professionell, interdisziplinär, kritisch und lebensweltorientiert zu denken. Das macht eine wertschätzende Kultur und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Disziplinen und Professionen auf Augenhöhe unabdingbar.

Mehr Infos unter: <https://maedchenarbeit-nrw.de/neue-bem-erschieden-laut-leise-anders/>



(LAG Mädchen*arbeit)

Publikation BEM 4/2022 erschienen: Armut, Klasse, Klassismus

In dieser BEM geht's um klassismuskritische Perspektiven auf und für die Mädchen*arbeit. Die Lebensrealitäten von Mädchen* sind von sozialen Ungleichheits- und Machtverhältnissen oft intersektional durchzogen und so erleben sie auf unterschiedlichen Ebenen Formen der Benachteiligung und Diskriminierung. Die Coronapandemie verstärkt diese Ungleichheiten in unvorhersehbarer Weise. Dies (be)trifft in besonderer Weise Mädchen* aus einkommensschwachen Familien, der Arbeiter*innen- oder Armutsklasse. Nicht selten erleben sie Benachteiligungen und Diskriminierungen aufgrund von Klassenherkunft oder Zugehörigkeit.

Weitere Infos unter: <https://maedchenarbeit-nrw.de/bem/>



(LAG Mädchen*arbeit)

Neue Gendersketches online

In der Politik tut sich was. In den Öffentlich-Rechtlichen darf gegendert werden. Und auch Marken verstehen so langsam, dass sie sich ganz neue Zielgruppen erschließen und neue Storys erzählen können, wenn sie sich mit den Herausforderungen von Frauen und weiblich gelesenen Personen beschäftigen. Kurz: Feminismus ist gerade hip. Aber wie sieht's eigentlich in unserem Alltag aus? Haben wir den Sexismus da schon hinter uns gelassen? Können wir uns jetzt den ganz großen Themen widmen – oder braucht es doch noch ein bisschen zwischenmenschliche Feinarbeit?

Wieder haben wir uns von euren Fragen und Erlebnissen inspirieren lassen und tauchen ganz tief in den Alltag ab. Und wieder tauschen wir spaßeshalber die Rollen, um zu kapieren, wie absurd unser Verhalten eigentlich ist... Die Gendersketches sind online unter <https://pinkstinks.de/endlich-staffel-4-der-gender-sketches-ist-da/> zu finden.

(Pinkstinks Germany e.V.)



Gender Glossar – 100 Begriffe zu Gender / Christine Olderdissen

Gender meint mehr als Geschlecht. Es ist eine Strukturkategorie, die auf vielen Ebenen in unsere Gesellschaften, in unser Denken und Handeln eingewoben ist. Aber was ist Gender eigentlich und wo liegt der Unterschied zwischen Geschlecht und Gender? Geleitet von progressiven Ideen für

Veröffentlichungen

die Zukunft, haben wir 100 ausgewählte Begriffe in unserem Gender Glossar zusammengetragen. Gender für zwischendurch, Gender to Go, Gender als Snack. Unser Glossar bietet neben der bloßen Lektüre und Erkenntnis auch eine Arbeitsgrundlage zum Mitmachen, Weitersagen und die Welt verändern. Gender Matters! Neben der bloßen Lektüre und Erkenntnis bietet das Glossar auch eine Arbeitsgrundlage zum Mitmachen, Weitersagen und die Welt verändern. Die Veränderung in der Tasche tragen – und hoffentlich auch im Mindset! Kostenfrei im Netz unter <https://www.fes.de/e/gender-glossar>.

(Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2022)



Gleiche Rechte, gleiche Chancen - Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Der Jahresbericht 2021 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der im September 2022 von der unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung, Ferda Ataman vorgestellt wurde, zeigt, dass die Zahl der gemeldeten Diskriminierungsfälle weiterhin auf hohem Niveau bleibt. Insgesamt gingen im vergangenen Jahr 5.600 Beratungsanfragen ein, die mit einem vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsmerkmal zusammenhingen. Davon bezogen sich 37 % auf rassistische Diskriminierung, 32 % hingen mit Behinderung und chronischer Erkrankung zusammen. Auf das Diskriminierungsmerkmal Geschlecht entfielen 20 % der gemeldeten Fälle. Der vollständige Bericht ist hier zu finden: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2021.html?nn=304718>

(LAG)



materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität.

Materialize bedeutet manifestieren, verstofflichen, gegenständlich machen. Der Sammelband macht daher Kontroversen und aktuelle Herausforderungen feministischer Theorie und Praxis sichtbar.

Feministische Themen sind im Mainstream angekommen: Das Aufbegehren gegen Sexismus wird zunehmend salonfähig, Feminismus verkauft sich nicht nur auf T-Shirts und Frauenförderung und Gleichstellung sind Anliegen staatlicher Politik. Dieser Erfolg ist genauso begrüßenswert wie ambivalent, da soziale Ungleichheit durch die Zurichtungen kapitalistischer Verwertungslogik ausgeblendet oder sogar verschärft wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir nach den Herausforderungen und den Kontroversen emanzipatorischer Politik und Theorie, die sich gegen die Vereinnahmung durch Kapitalismus und Antifeminismus wendet. Die Beiträge behandeln das Geschlechterverhältnis im Kapitalismus, Identitätspolitik, intersektionale Perspektiven und die Vereinnahmung feministischer Themen sowie mögliche Gegenstrategien.

Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller, Lea Haneberg (Hg.), 2018: materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster: Unrast Verlag.

(Unrast Verlag)



Was patriarchale Geschlechterklischees kosten

Männliche Verhaltensweisen kosten die Allgemeinheit jedes Jahr Milliarden. Ein Ökonom fordert, endlich darüber zu sprechen.

Veröffentlichungen

In Strafanstalten sitzen überwiegend Männer ein. Das ist kaum ein Thema, obwohl diese Männer den Steuerzahlenden hohe Kosten verursachen. Im Buch «Was Männer kosten» kritisiert der deutsche Ökonom und Männerberater Boris von Heesen, dass die Politik die Kosten patriarchaler Geschlechterrollen stillschweigend akzeptiert. So ändere sich nie etwas an Rollenklischees, die Frauen und Männer von klein auf daran hindern, ihr ganzes Potential auszuschöpfen.

Geschlechtsspezifische Daten fehlen

Anhand von Statistiken in Deutschland kommt von Heesen zum Schluss, dass männliche Verhaltensweisen wie Rücksichtslosigkeit, Dominanz, Risikobereitschaft, Gewalt und Abwerten von Frauen die deutsche Gesellschaft jährlich mindestens 63 Milliarden Euro kosten. In der kleineren Schweiz wären das mindestens 6 Milliarden Franken. Es sind Kosten für Bereiche, in denen Männer massiv übervertreten sind, wie beispielsweise in Gefängnissen, bei Gewaltdelikten, Wirtschaftskriminalität, Extremismus, Unfällen, ungesunder Ernährung, Glücksspiel- und anderen Süchten.

Bei Statistiken mit Frauenmehrheiten wie Essstörungen und Tabletensucht seien ebenfalls patriarchale Rollenklischees der Grund, schreibt von Heesen. Er kritisiert, dass es zu wenig Daten zu geschlechtsspezifischen volkswirtschaftlichen Kosten gibt. Als Beispiel nennt er Statistiken über rechtsextreme Straftaten in Deutschland, die über das Geschlecht der Täterschaft keine Auskunft geben. Grund für diese Blindheit sei, dass Männer in Politik und Forschung nach wie vor dominieren und kein Interesse an geschlechtsspezifischen Daten haben. Diese Datenlücken verschleiern laut von Heesen den Blick auf die Kosten patriarchaler Rollenklischees und verhindern eine effektive Prävention.

Rollenklischees schaden auch Männern

Patriarchale Rollenbilder seien in der Bevölkerung weit verbreitet. Institutionen und Branchen wie Medien, Werbung, Kirchen, Porno- und Musikindustrie zementieren sie fortlaufend. «Männer merken im Grunde gar nicht, dass sie von Rollenbildern durch ihr Leben getrieben werden, sie drücken viele ihrer Emotionen weg, haben kaum Zugang zu ihrer Gefühlswelt», sagte Männerberater von Heesen dem «Standard». Es zermürbe, keine Gefühle zeigen zu dürfen, der Versorger zu sein und immer in Konkurrenz mit anderen Männern zu stehen.

Männer müssten lernen, dass patriarchale Rollenklischees auch ihnen schaden und es sie entlastet, wenn sie sich von festgefahrenen Rollenmustern befreien. Der Gewinn sei höher als der Verlust von Privilegien. Das müsse man insbesondere auch Jungen und Männern aufzeigen, die nicht zur Bildungselite gehören. Von Heesen hält es deshalb für wichtig, Rollenklischees auch in der Schule und während der Ausbildungszeit zu thematisieren. Grundsätzlich müsse die Politik viel mehr Geld in diese Männerarbeit investieren. Ein Vielfaches der Kosten fliesse später in Form von weniger hohen Folgekosten an die Gesellschaft zurück.

Boris von Heesen, 2022: Was Männer kosten, Der hohe Preis des Patriarchats. München: Heyne Verlag.

(Heyne Verlag)

